

Kali-Entscheidung verzögert sich

Kern-Termin des Genehmigungsverfahrens verschoben / Umweltministerium: „Dauerhaft höhere Belastung der Innerste nicht vertretbar“

VON TAREK ABU AJAMIEH

GIESEN/SARSTEDT. Baut der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) bei Giesen bald wieder Kali ab und baut zugleich eine Fabrik auf dem alten Schachtgelände? Ein entscheidendes Treffen im Genehmigungs-Verfahren findet später statt als ursprünglich geplant. Der sogenannte Erörterungstermin, bei dem K+S als Antragsteller, das Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) als Genehmigungsbehörde sowie alle öffentlichen und privaten Einwender aufeinandertreffen.

„Der Termin ist voraussichtlich Ende November oder Anfang Dezember“, sagte LBEG-Pressesprecher Andreas Beuge jetzt auf Anfrage. Ursprünglich sollte das Treffen bereits im September stattfinden. Bis Ende des Jahres sollte das LBEG über die Genehmigung entscheiden, Anfang 2016 wollte K+S den Daumen über das Megaprojekt heben oder senken. Das alles wird sich nun nach hinten verschieben. Die Sichtung der Antragsunterlagen und der Stellungnahmen dauerte schon aufgrund der schiereren Menge länger als geplant.

Der Erörterungstermin ist aber nicht nur das Aufeinandertreffen von Vorhabens-Befürwortern, Gegnern und solchen, die Bedenken haben oder Bedingungen stellen möchten, über die dann das LBEG entscheiden muss. Bei diesen Veranstaltungen wird oft auch deutlich, welche Haltung die Genehmigungsbehörde einnimmt. Beispiel: Beim Erörterungstermin für die geplante Höchstspannungsleitung von Wahle nach Mecklar im Frühjahr in Hildesheim zeigte die dort verantwortliche Behörde großes Verständnis für die Forderung von Bürgern aus dem Raum Baddeckenstedt, in ihrer Region Erdkabel zu verlegen. So dürfte es, unterstützt durch ein verschärftes Bundesgesetz, nun auch tatsächlich kommen.

Knackpunkte, bei denen K+S, Kommunen, Anlieger und Umweltschützer gleichermaßen gespannt auf Fingerzeige des LBEG warten, gibt es auch beim Giesener Bergwerks-Projekt reichlich – und sie sind teilweise so gravierend, dass sie entscheiden dürften, ob K+S das Großvorhaben im nördlichen Landkreis Hildesheim in Angriff nimmt oder nicht. So geht es um die Frage, ob es einen zweiten Kaliberg geben darf oder nicht. Umwelt- und Bodenschützer sowie viele Anlieger sind dagegen, K+S hält diese Variante aber für die einzig gangbare Möglichkeit aus wirtschaftlicher Sicht. Umstritten ist auch, ob die Entlüftung des Bergwerksschachtes wirklich am Ahrberger Ortsrand passieren soll und



Welche Folgen hätte ein Neustart des Kaliabbaus bei Giesen für die Innerste? Das ist eine der kniffligsten Fragen rund um das Projekt.

Foto: Abu Ajamieh

wo die Bahnverbindung von Bergwerk und Fabrik zur Bahnlinie Hildesheim-Lehrte entlang führen soll.

Ganz besonders heikel dürfte auch die Frage der zusätzlichen Salzbelastung der Innerste werden. Wie berichtet will K+S eine zweite Halde mit Erde abdecken undkündigt an, nicht mehr Salz einzuleiten, als bisher schon durch den bestehenden Kaliberg in Richtung Innerste gespült wird. Bei einer Info-Veranstaltung in Sarstedt erklärten Vertreter des Unternehmens allerdings, in den ersten sieben Jahren nach einer Inbetriebnahme lasse sich eine „temporäre Verschlechterung“ der Wasserqualität nicht vermeiden.

Verschärfend kommt hinzu, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) kürzlich in einem Urteil zur EU-Wasserrahmenrichtlinie betont hat, Bauprojekte dürften grundsätzlich nicht zu einer Verschlechterung von Gewässerqualität führen. Ausnahmen dürften nur bei „übergeordnetem öffentlichen Interesse“ gelten – wann das besteht, müssen im Einzelfall nationale Gerichte entscheiden, wenn jemand klagt.

Als Verschlechterung gilt es laut EuGH bereits, wenn nur eine der zahlreichen Komponenten, aus denen die Wasserqualität bestimmt wird, innerhalb eines fünfstufigen Bewertungssystems um eine Kategorie schlechter wird –

auch wenn das nicht zu einer insgesamt negativeren Einstufung führe.

K+S fürchtet deshalb allerdings nicht um sein Giesener Projekt: „Die temporäre Veränderung bewegt sich im Rahmen der Schwankungsbreite der Werte, die wir in der Innerste gemessen haben, seitdem Giesen 1987 stillgelegt wurde“, versichert Pressesprecher Ulrich Göbel. Und das LBEG sekundiert: „Den jetzt vom EuGH festgelegten Maßstab hat K+S in seinem Antrag bereits berücksichtigt“, sagt dessen Sprecher Andreas Beuge. Allerdings gelte es im Genehmigungsverfahren herauszufinden, ob sich tatsächlich keine Qualitätskomponente verschlechtere. Für diese Prüfung

seien auch die Stellungnahmen der Naturschutzverbände wichtig. Das Umweltministerium kündigte an, über den Landesbetrieb für Wasser-, Küsten und Naturschutz (NLWKN) „insbesondere auf das Thema Wasserqualität zu achten“, wie es aus dem Ministerium heißt. Eine „dauerhaft stärkere Salzbelastung der Innerste“ sei jedenfalls „nicht vertretbar“, sagt Sprecherin Justina Lethen.

Innerhalb der Landesregierung wird das Vorhaben kontrovers diskutiert: Umweltminister Stefan Wenzel sorgt sich um Gewässerqualität und Bodenschutz, Wirtschaftsminister Olaf Lies denkt vor allem an Hunderte Arbeitsplätze und

den Erhalt von Bergbau-Knowhow in Niedersachsen nach dem bevorstehenden Betriebsschluss im Berwerk Wunstorf-Sigmundshall.

Das gesamte Verfahren steht derzeit ohnehin noch unter einem gewissen Vorbehalt. Bekanntlich will der kanadische Branchenriese Potash K+S schlucken. Ob Potash an Giesen Interesse hätte, ist unklar. Derzeit scheint es allerdings, als könnten die Abwehrversuche von K+S erfolgreich sein. Das Kasseler Unternehmen präsentierte bessere Halbjahreszahlen als die Kanadier und schloss gerade erst einen großen Vertrag über Produkte aus seiner neuen eigenen Mine in Kanada ab.